

Länderinfo Osteuropa

Schlechte Aussichten: Reallöhne in Ungarn sinken stark – Teuerung bleibt hoch

BUDAPEST (Dow Jones/bfai)--Die ungarischen Unternehmen haben ihre Bonuszahlungen an die Belegschaften 2007 stark reduziert. Zusammen mit Abgabenerhöhungen und einer unerwartet hohen Inflation ergaben sich 2007 Rückgänge der real verfügbaren Haushaltseinkommen um rund 3,5% und der Reallöhne um gut 5%. Die Teuerung wird auch 2008 hoch bleiben.

Wirtschaftsforscher gehen in ihren jüngsten Konjunkturberichten davon aus, dass die Netto-Reallöhne 2007 weit stärker gefallen sind als bislang angenommen: Statt eines Rückgangs um 3,3% werden nun sogar gut 5% für möglich gehalten. Zudem dürften sich die Nettolöhne viel langsamer erholen als bisher einkalkuliert. An Stelle eines realen Zuwachses um 2% im Jahr 2008 wird eine Stagnation erwartet. Damit dürften auch die verfügbaren Haushaltseinkommen 2008 real kaum steigen.

Im Landesdurchschnitt hatten Ungarns Reallöhne erst 2002 wieder das Niveau von 1990 erklimmen können. Ein Grund für den zuletzt starken Rückgang der Realeinkommen ist - neben den Steuer- und vor allem Tarifierhebungen - darin zu sehen, dass die

Unternehmen ihre Bonuszahlungen an die Beschäftigten kräftig kürzen. Dies gilt besonders für den Dienstleistungssektor. Gleichzeitig steigen die Verbraucherpreise stärker als erwartet: Die Zentralbank geht für 2008 inzwischen von einer Inflationsrate in Höhe von 6% aus, und 2009 verspricht der Steigerungstakt nur leicht unter die 4-Prozent-Marke zu sinken. 2007 hatten die Regierungsmaßnahmen zu einer Teuerungsrate von 8% geführt.

Schrumpfende Beschäftigung

Der Anstieg der Lohnstückkosten (Unit Labour Costs, ULC) bleibt gleichzeitig deutlich hinter der Inflationsentwicklung zurück. Die ULC versprechen 2008 nominell nur um 3,4% zuzulegen und im Folgejahr um 2,7%. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sollte Ungarns Wirtschaft demnach bis ins Jahr 2010 steigern können, so die Prognosen der Zentralbank.

Die Einkommensentwicklung der Privathaushalte wird auch dadurch beeinflusst, dass die Beschäftigung schrumpft. Die Zentralbank rechnet für 2008 und 2009 inzwischen mit Rückgängen um jeweils rund 0,5%. Gleichzeitig bleibt die Erwerbsquote im inter-

nationalen Vergleich äußerst niedrig. Sie liegt bei 55% gegenüber rund 70% in der EU. Für Frauen erreicht sie 48%. Ein Grund hierfür ist die geringe Verbreitung von Teilzeitbeschäftigung in Ungarn.

Arbeitslos waren Ende 2007 rund 7,6% der Erwerbsbevölkerung. Die Arbeitslosenrate blieb aber im Jahresmittel mit 7,4% deutlich unter der durchschnittlichen Rate für die mitteleuropäischen Länder. Für die fünf EU-Neulinge der Region gibt das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) für 2007 eine Quote von 9,3% an. Wegen der Budgetkrise ist in Ungarn ein Sparprogramm im öffentlichen Dienst aufgelegt worden. Die Lohnsumme ist dort eingefroren, und seit 2006 wurden 23.000 von insgesamt 280.000 Stellen aus der Statistik gestrichen. Wirtschaftsanalysten weisen darauf hin, dass es zum Teil lediglich zu Umstellungen in der statistischen Zuordnung von Stellen im Bildungssektor gekommen ist. Gleichzeitig sind neue Stellen geschaffen worden.

Mindestlohnsystem wird reformiert

In Ungarn ist zu Beginn der 1990er Jahre ein Mindestlohnsystem eingerichtet worden. Es war somit schon vorhanden, als bis 1995 durch den Systemwechsel rund ein Drittel aller Stellen weggefallen sind und hat sich während dieser Zeit bewährt, wie Ökonomen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften herausstellen. Zur Höhe des Mindestlohns erarbeitet auch ein Gremium bestehend aus Vertretern der Staatsregierung, der Gewerkschaften sowie der Arbeitgeber, regelmäßig Vorschläge. Diese Vorlage muss dann vom Parlament angenommen werden, was bisher in der Regel reibungslos ablief. Der Mindestlohn machte 2005 knapp 50% des Durchschnittsnettolohns in Ungarn aus. Zuletzt sind Neuerungen eingeführt worden, die zum Ziel haben, die Höhe des Mindestlohns in einem dreigliedrigen System unterschiedlich hoch festzulegen.

Erika Anders-Clever (bfai)



Müllarbeiter in Budapest: Wegen der Budgetkrise wurde dem öffentlichen Dienst 2006 ein Sparprogramm auferlegt. Foto: Bilderbox